

---

/// Neue Herausforderungen für Europa

## WO WOLLEN WIR SICHERHEITSPOLITISCH HIN?

**FLORIAN HAHN** /// Millionenfaches Flüchtlingselend, die Gräueltaten des „Islamischen Staats“ (IS), die Ukraine Krise, Kriege, Bürgerkriege und Terrorismus: Unser sicheres, friedliches Leben in der EU ist zerbrechlich und gefährdet. Um klassischen Gefahren und neuen Herausforderungen zu begegnen, muss Europa zusammenstehen und mutig den Weg in eine enge sicherheitspolitische Gemeinschaft gehen. Wir müssen vorhandene Ansätze ausbauen und neue Wege beschreiten. Stillstand ist keine Option.

### Einheit und Geschlossenheit

Vielfältige Krisen und Zukunftsherausforderungen für Europa und den Westen bestimmen die sicherheitspolitische Diskussion – auch in der Wissenschaft.<sup>1</sup> Eins ist klar: Wir werden diese Probleme in Europa nur gemeinsam meistern können. Wolfgang Ischinger hat in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zu Recht an die Einsicht von Paul-Henri Spaak erinnert, der in Europa (mit Ausnahme von Russland) nur noch zwei Typen von Staaten sah: kleine Staaten und kleine Staaten, die noch nicht verstanden haben, dass sie klein sind.<sup>2</sup> Vielleicht fällt diese Erkenntnis einem Belgier einfacher als einem Deutschen. Um Sicherheit und Frieden in Europa und der Welt voranzubringen, brauchen wir zuallererst eine einige und starke Europäische Union (EU), in der alle 28 Mitglieder an

einem Strang ziehen. Entgegen den Erwartungen vieler Kritiker, die die EU in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wegen des Konsenserfordernisses für kaum handlungsfähig hielten, ist ein einheitlicher Kurs im Ukraine Konflikt gelungen. Geschlossenheit ist in dieser Krise Europas größter Trumpf. Trotz unvermeidlicher Meinungsverschiedenheiten und unterschiedlicher Betroffenheit stehen die Mitgliedstaaten bislang einig und solidarisch zusammen und haben sich nicht provozieren oder spalten lassen. Das ist auch auf eine erfolgreiche deutsche Politik zurückzuführen und gibt Hoffnung. Es ist wichtig, dass Deutschland auch in Zukunft in der EU seinen Einfluss nutzt, um Einigkeit und Konsens zu fördern und dabei auch die kleineren Mitgliedstaaten eng in die Entscheidungsfindung einzube-



Nach dem EU-Gipfel im Juni reist die Hohe Vertreterin Federica Mogherini mit einem Auftrag nach Hause: Sie muss eine neue Europäische Sicherheitsstrategie erarbeiten.

ziehen. Nur wenn Europa mit einer Stimme spricht, wird es auf internationaler Ebene gehört. Das hat sich zuletzt z. B. in den Verhandlungen über das iranische Atomprogramm gezeigt.

### **Auf dem Weg zur Europäischen Armee**

Ich bin überzeugt davon, dass sich derzeit ein wichtiger Wandel vollzieht: War früher die Wirtschaft Katalysator der Fortentwicklung der EU, werden in Zukunft die Sicherheits- und Verteidigungspolitik die europäische Integration vorantreiben. Dabei ist auch eine Europäische Armee als Endpunkt der Entwicklung denkbar. Ein solcher eingängiger Begriff kann uns als Zielpunkt, als Leitfeuer auf unserem Weg zu mehr europäischer Verteidigungszusammenarbeit dienen. Insofern führt er uns in eine wünschenswerte Richtung. Die Kritik, der Ruf nach der Europäischen Armee lenke nur von den wirklichen Problemen europäischer Verteidigung im Hier und Jetzt ab,<sup>3</sup> ist daher meines Erachtens zu harsch. Neben diesem leuchtenden Fernziel brauchen wir aber eine pragmatische Marschroute für die

### **In der Ukraine Krise ist der EU ein EINHEITLICHER Kurs gelungen.**

nähere Zukunft. Die Möglichkeiten des geltenden EU-Rechts müssen schnell mit Leben gefüllt und zügig zu einer Europäischen Verteidigungsunion ausgebaut werden.<sup>4</sup>

Leider ist es auf der Tagung des Europäischen Rates vom 25./26. Juni 2015 noch nicht gelungen, das erhoffte Startsignal zu einer Neuaufstellung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidi-

gungspolitik (GSVP) zu geben. Weil anderes im Vordergrund stand, blieben die Schlussfolgerungen knapp und allgemein. Positiv zu sehen ist immerhin der

### **Auch die ÖFFENTLICHKEIT soll in die europäische sicherheitspolitische Debatte mit einbezogen werden.**

Auftrag zur Erarbeitung einer neuen Europäischen Sicherheitsstrategie an die Hohe Vertreterin.<sup>5</sup> Dabei ist es wichtig, die Teilnahme der Öffentlichkeit an der europäischen sicherheitspolitischen Debatte weiter zu verstärken. Wir sollten einen gesellschaftlichen Grundkonsens über die außen- und sicherheitspolitische Ausrichtung Europas anstreben.

Zu den Elementen einer Europäischen Verteidigungsunion sollten ein ständiges Hauptquartier gehören – mit Kapazitäten der militärischen und zivilen Planung und Führung – sowie die Schaffung von wirksameren Instrumenten zur schnellen Krisenprävention, -reaktion und Konfliktbeilegung. Die EU-Gefechtsverbände – Einheiten von 1.500 Mann, einsatzbereit innerhalb von 14 Tagen, jeweils für sechs Monate in Bereitschaft – müssen endlich sinnvoll eingesetzt werden können. Bislang wurde von den EU-Battlegroups seit ihrer Schaffung 2003 praktisch kein Gebrauch gemacht: Vorschläge, sie für Erst- eintrittsoperationen bzw. als „schnelle Einsatzbrigade der EU“ vorzusehen, gehen in die richtige Richtung.<sup>6</sup> Konzepte für Luft- und Seekomponenten sollten dazukommen. Neben einer sinnvollen Bündelung von Verteidigungszuständigkeiten bei der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik haben Maßnahmen wie die Aufwer-



Quelle: © UNHCR/Achilleas Zavallis

**Die Flüchtlingskrise stellt die EU auf eine harte Bewährungsprobe: Nur ein einiges und stabiles Europa kann sie bewältigen.**

tung des Rats der Verteidigungsminister zu einer eigenständigen Ratsformation oder die Schaffung eines selbständigen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung im Europäischen Parlament hohen Symbolwert und können die substanziellen Elemente der engeren Zusammenarbeit sinnvoll ergänzen. Sie sollten aber nicht im Vordergrund unserer Bemühungen stehen. Überlegungen, die in den Europäischen Verträgen vorgesehene Ständige Strukturierte Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung einzusetzen, sollten weiter verfolgt werden.<sup>8</sup>

#### **Interoperabilität – Aufgabenteilung – Europäisierung der Ausstattung**

An sich verfügen die EU-Staaten über eine ausreichende Zahl an Soldaten – zusammengenommen eine der größten

Streitmächte der Welt – und über genügend militärische Systeme, um den Herausforderungen zu begegnen. Schwierigkeiten liegen aber in dem unterschiedlichen Qualitätsniveau, der extrem diversen Ausstattung, unabgestimmten Fähigkeitsprofilen der vielen verbündeten Streitkräfte sowie uneinheitlichen technischen und juristischen Anforderungen begründet. Vielfalt und ein gewisser Wettbewerb sind grundsätzlich nicht nur negativ: Ausstattungsalternativen können im Einsatz erprobt werden und sich bewähren. Fehlentwicklungen führen nicht zu flächendeckenden Totalausfällen. Für das effektive militärische Zusammenwirken ist aber ein Grundmaß an Kompatibilität und Abstimmung erforderlich. Auch die gemeinsamen Missionen zeigen die zen-

trale Bedeutung eines reibungslosen Zusammenwirkens europäischer Streitkräfte. Die Stärkung der Interoperabilität muss daher eine Priorität sein. Die ehemaligen Warschauer-Pakt-Armeen brauchen hier substanzielle Unterstützung. Zudem muss im Logistik- und Transportbereich viel geschehen: Die

**Eine EFFEKTIVERE Aufgabenteilung zwischen den Streitkräften der EU-Mitgliedstaaten ist dringend erforderlich.**

schnelle Verlegung von Truppen in Europa ist zurzeit aufgrund von Kapazitätsmängeln und bürokratischen Hindernissen außer im Kriegsfall kaum möglich.

Um militärisch handlungsfähig zu sein, brauchen wir zudem eine bessere Aufgabenteilung zwischen den Streitkräften der EU-Staaten und die gemeinsame Nutzung militärischer Fähigkeiten. Nicht jeder Bündnispartner kann das komplette Fähigkeitsspektrum abdecken. Die deutsche Bundeswehr ist breit aufgestellt. Deutschland ist in EU und NATO daher ein wichtiger „Anlehnungspartner“ für kleinere Nationen mit Spezialfähigkeiten. Gleichzeitig brauchen wir in Zukunft diese Partner, um militärisch handlungsfähig zu bleiben. Als eine der „Rahmennationen“ bei den EU-Gefechtsverbänden und in der NATO müssen wir uns für eine aktivere Umsetzung und bessere Abstimmung dieses Konzepts auf EU- und NATO-Ebene einsetzen.<sup>9</sup> Wichtig sollte uns dabei auch eine faire Einbindung der kleineren Nationen sein, die sich darauf verlassen können müssen, auch in Zukunft die Verteidigungspolitik noch

maßgeblich mitgestalten zu können. Angesichts weiter bestehender Haushaltsengpässe in vielen Mitgliedstaaten müssen wir auch „Pooling and Sharing“ bzw. „Smart Defence“ endlich mit Leben füllen. Sonst drohen erhebliche Fähigkeitslücken. Konkrete gemeinsame Projekte wie ein europäischer Hubschrauberverband könnten uns sichtbar voranbringen.

Europa braucht optimal ausgestattete Streitkräfte. Dafür müssen wir die Ausstattung unserer Armeen weiter europäisieren. Nur so können wir die vorhandenen Ressourcen effizient nutzen. Bei der Beschaffung moderner Waffensysteme sind die möglichen Synergien noch lange nicht ausgeschöpft. Viele parallele Rüstungsprogramme sind ein Luxus, den wir uns nicht mehr leisten können. Durch Standardisierung und gemeinsame Spezifikationen, d.h. den Verzicht auf Sonderwünsche, sparen wir Geld und stellen zugleich echte Interoperabilität her. Die von Deutschland, Frankreich und Italien auf den Weg gebrachte Entwicklung einer europäischen Drohne ist ein positives Signal. Über die bereits identifizierten Schlüsselfähigkeiten Luftbetankung, Satellitenkommunikation und Cyberabwehr hinaus gibt es ein breites Feld für engere Kooperation. Die deutsche wehrtechnische Industrie ist technologisch Weltspitze und wird von den gemeinsamen

**EU-Missionen engagieren sich in der Pirateriebekämpfung und Seenotrettung von FLÜCHTLINGEN.**

Projekten profitieren. Eine Stärkung der Verteidigungsindustrie in Deutschland steht daher nicht im Gegensatz zu einer weiteren Europäisierung.<sup>10</sup>

### **GSP in der Praxis – die EU-Missionen**

Die große Zahl ziviler und militärischer GSP-Missionen der EU, vor allem in Afrika, hat bereits zu einer gewissen Routine bei der Durchführung gemeinsamer Operationen geführt. Die dort gemachten Erfahrungen bieten Lehrmaterial für die Zukunft. Auch wenn die EU auf dem afrikanischen Kontinent tätig wird, dienen die Einsätze doch der Bewältigung von Krisen, die uns hier in Europa ganz unmittelbar betreffen. Das zeigt die Flüchtlingsproblematik überdeutlich. Die EU verfolgt dabei zu Recht einen breiten Ansatz: So wird die bekannte Pirateriebekämpfung auf See (EUNAVFOR Atalanta) durch die Trainingsmissionen in Dschibuti, Tansania und auf den Seychellen (EUCAP Nestor) sowie in Somalia (EUTM SOM) ergänzt. Auch in Mali ist die EU mit einer militärischen (EUTM Mali) und einer zivilen Trainingsmission (EUCAP Sahel Mali) engagiert. Dabei wird darauf gesetzt, die Krisenreaktionsfähigkeit lokaler Akteure zu stärken: Unterstützung bei Reformen, Ausbildung von Militär- und Sicherheitskräften sind der richtige Weg, um diese fragilen Staaten zu stützen. Die Mission EUNAVFOR MED unterstützt die Seenotrettung von Flüchtlingen und soll helfen, wirksamer gegen Schleuserbanden vorzugehen und den Menschenschmuggel im südlichen und zentralen Mittelmeer zu unterbinden. Um unsere begrenzten Ressourcen effektiv einzusetzen, sollten wir uns nicht verzetteln und bei den

Missionen klare regionale Schwerpunkte in unserer erweiterten geographischen Nachbarschaft setzen – wozu sicherheitspolitisch auch Nordafrika bis zur Sahara-Sahel-Region gehört. Perspektivisch muss es stets unser Ziel sein, regionale Partner und Organisationen durch finanzielle und Ausbildungsunterstützung in die Lage zu versetzen, selbst mit den Problemen vor Ort fertig zu werden.

Bei den Einsätzen muss auch Europa noch mehr als bisher auf den vernetzten Ansatz setzen: Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik müssen Hand in Hand gehen. Die Erkenntnis, dass die zivilen Instrumente der EU zur Förderung von Stabilität, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Demokratie in bestimmten Konstellationen ohne eine militärische Komponente keine Aussicht auf Erfolg haben, hat sich weitgehend durchgesetzt. In der Praxis muss die organisatorische Verzahnung aber noch besser funktionieren.

### **Verhältnis zur NATO**

Mit der Stärkung der GSP und dem Ruf nach einer „Europäischen Armee“ sind oft auch Befürchtungen verbunden. Diese Ängste – z. B. aus den Reihen unserer osteuropäischen Partner – vor einer damit ggf. verbundenen Schwächung der NATO nehmen wir sehr ernst. Die NATO bleibt für Europa Garant von Sicherheit und Freiheit. Jede noch so enge Zusammenarbeit im europäischen Rahmen braucht auch in Zukunft das transatlantische Band, das uns nach den Verheerungen des Zweiten Weltkrieges in Europa den Frieden bewahrt hat. Durch viele Krisen und Schwierigkeiten hinweg haben die USA und Kanada stets loyal zu Deutschland und Europa gestanden. Europa und

Nordamerika verbinden eine enge Freundschaft und Wertegemeinschaft. In Forderungen nach einer stärkeren Emanzipation von Amerika zeigt sich gerade auf der Linken oft ein versteckter Antiamerikanismus, der sich mit dem isolationistischen Denken einiger Amerikaner unheilvoll verbinden könnte. Das dürfen wir nicht zulassen. Es darf immer nur darum gehen, europäische Initiativen anzustoßen, die mittelbar auch der NATO zugute kommen. 22 Mitglieder der Europäischen Union gehören zugleich der NATO an. Mit einer besser strukturierten und engeren Integration europäischer Streitkräfte stärken wir den europäischen Pfeiler in der NATO. EU und NATO ergänzen sich: Militärische Fähigkeiten müssen klar aufeinander abgestimmt sein. Bei der Cyber-Defense können EU und NATO nur gemeinsam erfolgreiche Abwehrstrategien entwickeln.

Realistisch gesehen sind wir mittelfristig, selbst bei massiven europäischen Anstrengungen, für viele Einsätze weiterhin auf die Unterstützung der Vereinigten Staaten angewiesen. Eine Bündnisverteidigung ohne die USA ist ohnehin undenkbar. Eine Konsolidierung der amerikanischen Truppenpräsenz in Europa oder eine Verlegung moderner Waffensysteme, wie F-22-Tarnkappenbomber, sind in der aktuellen Krisensituation daher uneingeschränkt zu begrüßen. Wir dürfen uns allerdings nicht zurücklehnen und unsere eigenen Anstrengungen vernachlässigen. Das lädt amerikanische Kritiker dazu ein, die Europäer als einseitige „Profiteure“ der amerikanischen Sicherheitsgarantien darzustellen. Zudem sind bei Auslandseinsätzen europäische und amerikanische strategische Überlegungen und politisch determinierte Zeithori-

zonte nicht immer deckungsgleich. Ambitioniertere, finanziell besser als bislang ausgestattete und daher unabhängige europäische Kräfte sind in unserem eigenen Interesse und kommen be-



### Die **INTEGRATION** europäischer Streitkräfte stärkt den europäischen Pfeiler der NATO.

rechtigten amerikanischen Forderungen entgegen. Wir müssen als Europäer in der Lage sein, einzelne Auslandseinsätze bei Bedarf auch vollständig in Eigenregie abwickeln zu können.

### Konkrete Schritte der engen Verflechtung mit europäischen Partnern

Um der Europäischen Verteidigungsunion und damit einer starken europäischen Säule in der NATO näherzukommen, sollten wir mit ganz konkreten Schritten der strategischen Kooperation mit Partnernationen beginnen. Wir können so schnell einen hohen Grad der Verflechtung erreichen. Die tiefe Integration der Bundeswehr mit niederländischen Streitkräften ist vorbildlich und weist den Weg. Mit unserem Nachbarn Polen wird Ähnliches angestrebt. Die bisherigen fünf dauerhaften bi- und multinationalen Kooperationen mit deutscher Beteiligung (Deutsch-französische Brigade, I. Deutsch-niederländisches Korps, Eurokorps, Multinationales Korps Nordost, Division Schnelle Kräfte) müssen wir ausweiten.

Das deutsch-niederländische Korps mit Sitz in Münster besteht seit 1995, mit ständig 1.200 Soldaten, bei einer Einsatzstärke von 40.000 Mann. Es stellt zurzeit wesentlich die neue Interim Very High Readiness Joint Task Force (Speerspitze) der NATO. Seit Mitte 2014 sind Teile des niederländischen Heeres (11. Luftbewegliche Brigade) deutschen Verbänden (Division Schnelle Kräfte)

Panzerbataillon der deutschen Panzergrenadierbrigade 41 unterstellt werden. Auch eine Integration von Einsatzbesatzungen auf U-Booten ist angedacht.

Für weitere Kooperationen bieten sich die skandinavischen und baltischen Staaten an. Angesichts des aggressiven russischen Verhaltens im Ostseeraum kommt es dort schon jetzt zu neuartigen, vertieften Formen sicherheitspolitischer Zusammenarbeit.<sup>11</sup> Bislang bleiben all solche Verflechtungen auf europäischer Ebene aber noch Stückwerk, da sie im Wesentlichen unabgestimmt ablaufen. In Zukunft muss mehr Struktur in die fragmentierte Kooperation gebracht und eine feste Anbindung an den EU-Rahmen organisiert werden.

**Militärische VERFLECHTUNGEN der Bundeswehr z. B. mit niederländischen, polnischen oder skandinavischen Einheiten weisen den Weg in die europäische Verteidigungsunion.**

vollständig unterstellt. Weitere Schritte sollen folgen. Zurzeit beginnt die Integration der niederländischen 43. Mechanisierten Brigade in Havelte in die deutsche 1. Panzerdivision in Hannover. Geplant ist ebenso eine gemeinsame Ausbildung an der Artillerieschule des Heeres. Geprüft wird, ob Teile des Seebataillons in Eckernförde der niederländischen Marineinfanterie unterstellt werden sollen.

Mit Polen arbeitet Deutschland u. a. im Hauptquartier des Multinationalen Korps Nordost (Deutschland, Polen, Dänemark) in Szczecin / Stettin zusammen. Der Bereitschaftsgrad des Hauptquartiers soll nach den Beschlüssen der NATO erhöht werden. Dort sollen zukünftig 400 Soldaten aus 19 Ländern stationiert sein, um die Speerspitze zu führen und den Schutz der NATO-Ostflanke zu verstärken. Jetzt werden Pläne für den Austausch eines Kampftruppenbataillons konkretisiert: Das deutsche Panzergrenadierbataillon 411 in Torgelow soll in die polnische Armee integriert und im Gegenzug ein polnisches

Für die angestrebte Europäisierung der Streitkräfte müssen wir zudem alle Voraussetzungen schaffen. Bei zunehmender Verflechtung müssen sich die Partner ganz auf den anderen und dessen Beitrag verlassen können. Ein einseitiger Ausstieg würde – z. B. bei Konzepten wie dem der Rahmennation – schwersten politischen Schaden anrichten. Künftig werden Einsätze dann oft insgesamt davon abhängen, dass jeder Beteiligte seinen Beitrag erbringt. Fähigkeiten eines Verbundes, die eine Nation übernommen hat, sind dann bei anderen Partnern häufig nicht mehr vorhanden und können auch kaum schnell anderweitig organisiert werden. Ein Herauslösen nationaler Anteile aus multinationalen Einheiten ist nur noch schwer möglich.

Als Deutsche müssen wir versuchen, Besorgnissen und Vorbehalten gegenüber Deutschland aktiv zu begegnen. Die deutsche Sicherheitspolitik muss für die europäischen Partner vorhersehbarer werden. Zudem sollten bei uns wie in allen Ländern, die Parlamentsbeteiligungen beim Streitkräfteeinsatz vorsehen,

pragmatische Lösungen gefunden werden, wie unsere Parlamente den Weg der Streitkräfte in zunehmende gegenseitige Bindungen konstruktiv begleiten können. In Deutschland sind die Ergebnisse der Rühle-Kommission grundsätzlich zu begrüßen.<sup>12</sup> Unsere Verlässlichkeit im Bündnis wird gesteigert, wenn etwa für den Einsatz von Soldaten in integrierten oder multinationalen Hauptquartieren sowie für Erkundungskommandos und Ausbildungsmissionen zukünftig regelmäßig kein Mandat mehr erforderlich sein soll.

### Wehretats

Unter Berufung auf die „Friedensdividende“ nach Ende des Kalten Krieges mussten die europäischen Verteidigungshaushalte zu lange die Hauptlast bei Einsparungen und Haushaltskonsolidierungen tragen. Notwendige Reformen wurden teilweise einseitig an monetären Gesichtspunkten ausgerichtet und zudem nicht mit den europäischen Partnern abgestimmt. Damit muss angesichts der bekannten sicherheitspolitischen Lage Schluss sein. Die vielen Aufgaben, die das Europa der Zukunft verlangt, sind nicht umsonst zu haben. Eine Europäische Verteidigungsunion kann nicht dazu dienen, Einsparungen zu legitimieren – auch wenn sie helfen wird, begrenzte Ressourcen optimal zu nutzen.

**Trotz Erhöhung des Verteidigungshaushalts muss Deutschland weiter in neue Waffensysteme **INVESTIEREN** und mit gutem Beispiel vorangehen.**

Die jetzt auf den Weg gebrachte Erhöhung des Verteidigungshaushalts in Deutschland ist daher richtig, aber mittelfristig nicht ausreichend. Angesichts europäischer Ambitionen, neuer NATO-Verpflichtungen und steigender Personalkosten bleibt ein dringender Bedarf nach zusätzlichen Haushaltsmitteln zur Investition in neue sowie die kontinuierliche Modernisierung bestehender Waffensysteme. Mit steigendem BIP entfernt sich Deutschland weiter vom 2-Prozent-Ziel der NATO bei den Verteidigungsausgaben. Dabei – wie auch bei dem Ziel, eine Investitionsquote von 20 Prozent für Rüstungsinvestitionen zu erreichen – müssen wir in ganz Europa eine Trendwende schaffen. Deutschland darf nicht im Mittelfeld verharren oder sich an den Schlusslichtern orientieren, sondern muss mit gutem Beispiel vorangehen.

### Sicherheitsdimensionen anderer EU-Probleme

Die sicherheitspolitische Bedeutung anderer Probleme, vor denen die EU steht, kann abschließend nur angedeutet werden. Auch die Flüchtlings- oder Eurorettungspolitik ebenso wie die Verhandlungen über weltweite Freihandelsabkommen der EU haben neben ihrer Bedeutung für den inneren Zusammenhalt der Union geostrategisches Gewicht. Hier erweist sich Europa als handlungsfähig oder nicht. Die Problemlösungskompetenz der EU in diesen Fragen entscheidet mit darüber, wie sie in der Welt wahrgenommen wird. Nach den Turbulenzen im Zusammenhang mit der Griechenlandkrise haben nun auch die Kontroversen um eine gerechte Verteilung von Flüchtlingen in der EU das Potenzial, die Union dauerhaft zu zerrütten. In der aktuellen weltpolitischen Situation ist aber ein einiges und stabiles

Europa unverzichtbar. Wir müssen die Krisen gemeinsam bewältigen. Eine Spaltung der Europäischen Union würde die Basis für den Wohlstand unseres Landes und den Frieden auf dem Kontinent untergraben. Das ist die größte Gefahr für das Wohlergehen künftiger Generationen.



Copyright: Deutscher Bundestag/  
Stella von Saldern

### /// FLORIAN HAHN MDB

**ist außen- und sicherheitspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und Landesvorsitzender des Außen- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreises (ASP) der CSU, Berlin.**

#### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Vgl. Politische Studien 461 (Mai/Juni 2015) mit dem Fokus: Die Ukraine-Krise und der Westen; Wientzeck, Olaf / Arzberger, Leonie: Die sicherheitspolitische Dimension der transatlantischen Beziehungen im Kontext der Ukraine-Krise und der Stärkung der GSVP, in: KAS Auslandsinformationen 5/15, S. 14; Keller, Patrick: Strategische Überlegungen zur Zukunft der deutschen Sicherheitspolitik, Analysen und Argumente, Ausgabe 167, April 2015, [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_41124-544-1-30.pdf?12150426183411](http://www.kas.de/wf/doc/kas_41124-544-1-30.pdf?12150426183411), Stand: 15.9.2015; Applebaum, Anne: Obama and Europe, Missed Signals, Renewed Commitments, in: Foreign Affairs 5, September/Oktober 2015, S. 37; Major, Claudia / Mölling, Christian: Eine hybride Sicherheitspolitik für Europa, SWP-Aktuell 31, April 2015, [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A31\\_mjr\\_mlg.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A31_mjr_mlg.pdf), Stand: 14.9.2015.
- <sup>2</sup> Ischinger, Wolfgang: Dann aber alle Mann nach vorne, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.9.2015.
- <sup>3</sup> So Major, Claudia / Mölling, Christian: Debatte um die Europäische Armee: Pragmatismus statt Zukunftsvisionen, SWP Kurz gesagt, 11.3.2015, [www.swp-berlin.org/publikationen/kurz-gesagt/debatte-um-die-europaeische-armee-pragmatismus-statt-zukunftsvisionen.html](http://www.swp-berlin.org/publikationen/kurz-gesagt/debatte-um-die-europaeische-armee-pragmatismus-statt-zukunftsvisionen.html), Stand: 3.9.2015.

- <sup>4</sup> Vgl. CDU Bundesfachausschuss Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik sowie Bundesfachausschuss Europapolitik: Auf dem Weg zur Europäischen Verteidigungsunion, Beschluss vom 20.8.2015, <https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/150820-bfa-europaeische-verteidigungsunion.pdf?file=1>, Stand 2.9.2015.
- <sup>5</sup> EUCO 22/15, abrufbar unter <http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2015/06/25-26/>, Stand: 14.9.2015; im Einzelnen dazu z. B. Bendiek, Annegret / Kaim, Markus: Die neue europäische Sicherheitsstrategie – der transatlantische Faktor, SWP-Aktuell 55, Juni 2015, [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A55\\_bdk\\_kim.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A55_bdk_kim.pdf), Stand: 14.9.2015.
- <sup>6</sup> Brief der Außen- und Verteidigungsminister des Weimarer Dreiecks (Frankreich, Polen, Deutschland) zur Weiterentwicklung der GSVP vom 30.3. / 3.4.2015 (abrufbar unter [www.bmvg.de](http://www.bmvg.de)) und ähnlich Major / Mölling: Debatte um die Europäische Armee.
- <sup>7</sup> Gefordert u. a. im Positionspapier der CDU (vgl. Fn. 4).
- <sup>8</sup> Vgl. Kempin, Ronja / Scheler, Ronja: Auflösungserscheinungen in der GSVP vorbeugen. Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit als Vehikel für mehr Integration, SWP-Aktuell 63, Juli 2015, [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A63\\_kmp\\_sel.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A63_kmp_sel.pdf), Stand: 14.9.2015.
- <sup>9</sup> Ausführlicher hierzu Mölling, Christian / Major, Claudia: Das Rahmennationen-Konzept, SWP Aktuell 67, November 2014, [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2014A67\\_mjr\\_mlg.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2014A67_mjr_mlg.pdf), Stand: 4.9.2015.
- <sup>10</sup> Das wird auch im Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Deutschland betont, <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/S-T/strategiepapier-bundesregierung-staerkung-verteidigungsindustrie-deutschland.property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>, Stand: 14.9.2015.
- <sup>11</sup> Opitz, Christian: Potentiale der nordisch-baltischen Sicherheitskooperation, SWP-Aktuell 69, Juli 2015, [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A69\\_opt.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A69_opt.pdf), Stand: 15.9.2015.
- <sup>12</sup> Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr, Abschlussbericht, Bundestagsdrucksache 18/5000 vom 16.6.2015; kritisch Mölling, Christian / von Voß, Alicia: Parlamentsvorbehalt: So wird es nichts mit der europäischen Armee, SWP Kurz gesagt, 18.6.2015, <http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/kurz-gesagt/parlamentsvorbehalt-so-wird-es-nichts-mit-der-europaeischen-armee.html> m. w. Nw., Stand: 4.9.2015.